



Bahnprivatisierungspläne stoppen!

Seit Monaten streitet sich die Große Koalition erfolglos über die Bahnprivatisierung. Da sie für ihre ursprünglichen Privatisierungspläne keine Mehrheit bekommt, versucht sie nun, am Bundestag vorbei Fakten zu schaffen. Es existieren sogar schon der Entwurf eines Privatisierungsvertrages zwischen der Bundesregierung und der DB AG sowie ein detaillierter Zeitplan für die Privatisierung.

Vorgesehen ist, Teile der Deutschen Bahn nach dem sogenannten Holding- Modell zu privatisieren. Unter dem Dach des Mutterkonzerns DB AG soll eine neue Holding für die Transportgesellschaften (Personenverkehr, Güterverkehr, Logistik) eingerichtet werden. Diese neue Holding soll bis zu 49,9 Prozent an private Investoren verkauft werden. Schienennetz und Bahnhöfe wären von dieser Privatisierung zwar direkt nicht betroffen, mittelbar würde der Renditedruck der Privaten sich aber auch auf diese Gesellschaften auswirken. Die Erlöse aus der Privatisierung fließen nach dem Willen von Bundesregierung und Bahnvorstand zu großen Teilen an den Konzern, der Rest an den Bund.

Aus Sicht von Bündnis 90/ Die Grünen sind die Bahnprivatisierungspläne der Regierung eine riesige Mogelpackung. Sie schaden den Bahnkundinnen und Bahnkunden, dem Schienenverkehr und dem Klima.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Regierungspläne zur Bahnprivatisierung ab!

Fünf Gründe gegen die geplante Bahnprivatisierung:

1. Viele Städte und Gemeinden werden vom Bahnverkehr abgehängt.

Kommt es zur Bahnprivatisierung nach dem Holding-Modell drohen massive Streckenstilllegungen im ländlichen Raum, weil dort die Rendite-Bahn nicht mehr fahren wird! Ganze Regionen würden vom Fernverkehr (ICE/IC) abgehängt!

Das Schienennetz ist zudem durch Vernachlässigung vielerorts bereits heute in einem kritischen Zustand, mit der Folge, dass die Unpünktlichkeit zunimmt. Wer kann nicht von Verspätungen und verpassten Anschlüssen ein Lied singen? Die Deutsche Bahn investiert immer weniger in Nebennetze im ländlichen Raum. Schließlich muss die Unternehmensbilanz für den Börsengang geschont werden. Mit dem Einstieg privater Investoren drohen englische Verhältnisse im Schienennetz!

Die Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und der Klimaschutz werden auf der – stillgelegten - Strecke bleiben.

2. Das Angebot für die BahnkundInnen wird schlechter und die Preise steigen

Bahnfahrten wird für die KundInnen unattraktiver und teurer. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen die Rendite für die privaten Investoren! Bahnchef Mehdorn hat erneut Preiserhöhungen angekündigt.

Die neue DB AG wird sich zunehmend auf wenige hochfrequentierte ICE-Strecken konzentrieren. Beliebte und preisgünstige Angebote wie der Interregio und zunehmend auch der Intercity, werden durch teure zuschlagspflichtige ICEs ersetzt, die nur noch die großen Städte anfahren. Statt die funktionstüchtige Interregio-Wagen an andere Unternehmen zu verkaufen, lässt die Bahn sie - mit Zustimmung der Bundesregierung - lieber verschrotten.

3. Gewinne aus öffentlichem Eigentum sollen in die Taschen Privater fließen.

Das Schienennetz mit einem Anlagevermögen von etwa 130 Milliarden Euro, das uns allen gehört und das Teil der Daseinsvorsorge ist, würde zwangsläufig an den Renditeinteressen der privatisierten Transport-Holding ausgerichtet werden. Überteuerte ICE-Neubaustrecken, auf denen nur die Deutsche Bahn fährt, werden weiter bevorzugt werden, während Infrastrukturmaßnahmen unterlassen werden, von denen z.B.. andere Regional- und Güterbahnen profitieren würden.

Die Verluste, die z.B. durch die schlechte Wartung des Schienennetzes entstehen, übernimmt der Staat.

Gemeinwohlorientierung und öffentliches Eigentum im Schienenverkehr werden den Interessen einiger weniger Aktionäre geopfert!

4. BürgerInnen und Bundestag werden hintergangen.

Die Bahnprivatisierung soll noch in diesem Jahr ohne gesetzliche Grundlage am Bundestag vorbei durchgezogen werden. Die Regierung behauptet zwar nach wie vor nur Modelle („Volksaktie“, Holding-Modell) zu prüfen, doch nach Medienberichten liegen schon detaillierte Entwürfe für den Privatisierungsvertrag und ein Terminplan für den Börsengang vor. Die DB AG selbst macht längst „Nägel mit Köpfen“. Ohne Kenntnis der Öffentlichkeit und des Eigentümers Bundesrepublik wurde bereits im Februar 2008 die für die Teilprivatisierung erforderliche Transportholding ins Handelsregister eingetragen. Interessierten Investoren bietet die DB AG, nach eigenen Angaben, schon heute Einblick in die Unternehmensunterlagen an.

BürgerInnen und Abgeordnete werden bewusst von Regierung und Bahnvorstand getäuscht!
Der Bundestag soll vor vollendete Tatsachen gestellt werden!

5. Attraktiver Schienenverkehr und Klimaschutz werden verhindert.

Die Konzernstrategie der DB AG widerspricht dem verfassungsrechtlichen Auftrag der Gemeinwohlorientierung und den Klimaschutzziele. Statt in das heimische Schienennetz zu investieren, fließen die Gelder der Holding lieber in die diversen Logistiksparten mit dem erklärten Ziel von Bahnchef Mehdorn, schwächere Konkurrenten „platt zu machen“ bzw. aufzukaufen. Der Börsengang der DB AG soll – laut Bundesverkehrsminister Tiefensee - „frisches“ Geld für deren Expansionspläne in Übersee und Europa bringen. Das heißt, es soll vor allem in den internationalen Luft- und Straßenverkehr sowie die globale Logistik investiert werden.

Qualität und Umfang des Schienenverkehrs für die BahnkundInnen in Deutschland scheinen nur noch Nebensache zu sein, denn dessen Gewinnaussichten an der Börse sind vergleichsweise gering. Vielmehr sollen die SteuerzahlerInnen, das Milliardenrisiko einer weltweit agierenden teilprivatisierten DB AG tragen, die sich leicht an der Börse verspekulieren kann. Die Fastpleite der halbstaatlichen Industriekreditbank IKB ist dafür mahnendes Beispiel.

Die Chance, einen attraktiven Schienenverkehr zu entwickeln und Verkehre auf die Schiene zu verlagern, wird verspielt. Der Klimaschutz bleibt auf der Strecke!

**Wir fordern die Koalition und die Bundesregierung auf,
diese Bahnprivatisierung sofort zu stoppen!**